






Prof. Dr. Karl Lauterbach
Mitglied des Deutschen Bundestages




Prof.Dr. Karl Lauterbach, MdB · Platz der Republik 1 · 11011 Berlin




An die

VertreterInnen der Presse

Berlin
Platz der Republik 1
11011 Berlin

 (030) 227 – 74870
 (030) 227 – 76015
 karl.lauterbach@bundestag.de

Wahlkreis
Buchheimer Str. 20 B
51063 Köln
 (0221) 16 91 95 77
 (0221) 16 91 95 79
 karl.lauterbach.wk@bundestag.de

Dhünnstr. 2b
51373 Leverkusen
 (0214) 206 14 13
 (0214) 310 80 61
 karl.lauterbach.wk@bundestag.de

Berlin, den 29. Januar 2021

PRESSEMITTEILUNG: Interfraktioneller Gesetzentwurf zur Regelung der Suizidhilfe

Heute Vormittag haben Katrin Helling-Plahr MdB (FDP), Prof. Dr. Karl Lauterbach MdB (SPD) und Dr. Petra Sitte MdB (Linke) der Öffentlichkeit in der Bundespressekonferenz einen interfraktionellen Gesetzentwurf zur Regelung der Suizidhilfe vorgestellt.

In seinen Ausführungen stellte Prof. Lauterbach zunächst klar, dass: "das Urteil des Bundesverfassungsgerichts das Verbot geschäftsmäßiger Beihilfe zum Suizid gekippt hat. Hierdurch ist nunmehr ein teilweise rechtsfreier Raum entstanden. Dieser ist weder für Sterbewillige, noch für die Ärztinnen und Ärzte haltbar." Innerhalb dieser interfraktionellen Gruppe stimme man grundsätzlich darüber überein, "den Willen des Bundesverfassungsgerichts umzusetzen und dadurch die freie Willensbildung derjenigen, die sterbewillig sind und die darin stabil sind und sich das gut überlegt haben, Raum zu schaffen." Lauterbach, der selbst Arzt ist, betonte: "Der ärztlich assistierte Suizid sollte erlaubt werden. Die Hilfe zur Selbsttötung müsse aber immer freiwillig sein."

Inhaltlich wies Lauterbach auf die konkrete Umsetzung hin: "durch Fristen, Beratungsgespräche und dem Vier-Augen-Prinzip soll eine freie und autonome, sowie dauerhafte Entscheidung des Sterbewilligen gesichert und gewährleistet werden. Ausdrücklich soll jeder Druck ausgeschlossen sein." Besonders wichtig ist Lauterbach, dass



Prof. Dr. Karl Lauterbach

Mitglied des Deutschen Bundestages

durch die Schaffung staatlich anerkannter und auch finanzierter Beratungsstellen die Grundlage für rein auf Gewinnstreben orientierter Angebote entfielen. „Vielmehr würde durch den vorliegenden Gesetzentwurf zur Regelung der Suizidhilfe ein transparentes und ethisch vertretbares Verfahren geschaffen, denn durch dieses Gesetz werde auch die Voraussetzung dafür geschaffen, dass unethische, weil auf Gewinnabsicht ausgerichtete, Sterbehilfeangebote nach dem Aufbau von Alternativen mittelfristig verboten werden könnten.“

Der Gesetzentwurf ist das Ergebnis der Arbeit einer interfraktionellen Arbeitsgruppe, der unter anderem Katrin Helling-Plahr MdB (FDP), Prof. Dr. Karl Lauterbach MdB (SPD) und Dr. Petra Sitte MdB (Linke) angehören. Ausgangspunkt war das Urteil des Bundesverfassungsgerichts aus dem Februar 2020.

Anlage:

- Gesetzentwurf zur Regelung der Suizidhilfe